

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

19.8.1927 (No. 191)

Expedition: Karlsruherstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Schriftleiter E. M. End, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM., einjährl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Werbungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Die Frage Kanalbau und Wasserkraft wird gegenwärtig in Bayern wieder ausgiebig besprochen, und zwar handelt es sich darum, ob bei dem Ausbau der großen Main-Donau-Wasserstraße gleichzeitig auch die Wasserkraftanlagen im Main fertiggestellt werden sollen oder ob der Ausbau der Main-Wasserstraße ohne Wasserkraftanlagen, also lediglich mit Schleusen von Schaffenburg ab aufwärts schneller vorwärts getrieben werden kann. Während das Reich und die Rhein-Main-Donau-A.-G. für den Ausbau der Wasserkraft sind, da nach den Plänen für diese Wasserstraße aus den Erträgen der Kraftanlagen der weitere Ausbau finanziert werden soll, erklärt die bayerische Regierung, und mit ihr das Bayernwerk-A.-G., dem vertragsgemäß die Verwertung der Wasserkraft der Main-Donau-Wasserstraße ohne Gewinn obliegt, daß die Mainwasserkräfte infolge der Erhöhung der Baukosten (Lohnsteigerungen, Höherverzinsung), und infolge der technischen Fortschritte beim Bau von Dampfkraftanlagen und der verhältnismäßig billigen Kohlenpreise vorläufig nicht als ausbaufähig angesehen werden könnten, daß man ihn deshalb zurückstellen müsse, um unter Verwendung der ersparten Gelder mit den vorhandenen Mitteln mit dem Kanalbau schneller vorwärts kommen zu können.

Das Bayernwerk rechnet aus, daß die Mainwasserkräfte nicht konkurrenzfähig gegenüber Dampfkraftwerken seien und daß schon beim Ausbau der unteren drei Mainstufen, der annähernd 11 Millionen kostet, kein Gewinn, sondern ein jährlicher Verlust von zunächst fast 700 000 M. entstehen werde. Allerdings liegt auch eine Rentabilitätsberechnung der Rhein-Main-Donau-A.-G. vor, die zu anderen Schlüssen kommt. Das Reichsverkehrsministerium schiebt diesen Standpunkt unter dem Hinweis, daß die Reichszuschüsse nur unter Voraussetzung des Ausbaues der Kraftanlagen bewilligt seien. Bis Nienberg sind 27 Kraftstufen vorzusehen. Die Kosten der Wasserstraße werden sich auf dieser Strecke einschließlich des Zubringers von Wasser aus dem See auf 888 Millionen beziffern, während man ohne Wasserkraftausbau mit 372 Millionen auskommen könnte. Das führt die bayerische Regierung an, der vor allem an dem Ausbau der Schiffsahrtsstraße gelegen ist.

Die Frage hat auch für Baden Interesse, da bei der Kanalisierung des Neckars nicht ganz mit Unrecht ähnliche Gesichtspunkte für den vorläufigen Ausbau ohne Kraftgewinnung geltend gemacht werden. Bekanntlich wurde vom Gemeindeverband Oberrhein gleichfalls bereits dafür Stimmung gemacht, daß die Kanalisierung des Oberrheins Basel-Bodensee an verschiedenen Stellen zunächst ohne Wasserkraftausbau erfolge, um schneller vorwärts zu kommen. Hier liegt freilich die Sache wesentlich anders als bei Main und Neckar, denn die Oberrheinwasserkräfte sind außerordentlich ausbaufähig, von den in Deutschland vor dem Ausbau stehenden Kaufwasserkräften die rentabelsten und übertreffen hierin sogar die Kaufwasserkräfte Südbayerns, wie das bekannte Werk Mittlere Nar (nördlich von München) und das Rachtelwerk an der Donau. Die verhältnismäßig schwachen Mainwasserkräfte sind damit gar nicht zu vergleichen. In der Schweiz bestehen sogar Bestrebungen, zuerst die Wasserkraft und dann die Schiffsahrtsstraße des Oberrheins auszubauen, was natürlich für die badische Wasserwirtschaft unannehmbar ist. Sie kann aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen gar nicht daran denken, am Oberrhein die Schiffsahrtsstraße ohne die Wasserkraft auszubauen. Die meisten Staustufen des Oberrheins sind überdies bereits in festen Händen. Das Tempo ihres Ausbaues wird natürlich vom Abschlag der Energie abhängen.

Die Zinserhöhung der Reichsanleihe von 1927, die die Februar als erste innere langfristige Anleihe des Reichs seit der Stabilisierung in Höhe von 500 Millionen M. ausgegeben worden ist, stellt das Eingeständnis dar, daß man für die Anleihepolitik des Reichs damals noch nicht die richtigen Maßstäbe gefunden hat. Statt mit 5 Proz. wird die Reichsanleihe nun ab 1. August (die neuen Zinsscheine sind am 1. Februar 1928 fällig) mit 6 Proz. verzinst, und diese erhöhte Verzinsung wird zunächst bis 1934, d. h. bis zum Beginn der Verlosungen

aufrecht erhalten, dann will man sich über Beibehaltung oder Wiederermäßigung des Zinsfußes entscheiden.

Zweierteil Gründe sind für die überraschend bekanntgegebenen Maßnahmen bestimmend gewesen. Das Reich kann auf Anleihen nicht verzichten und sein Emissionskredit war durch das Absinken des Kurses (von 92 Proz. bei der Begebung der Anleihe auf schließlich 85,90 Proz. am letzten Freitag) äußerst gefährdet. Somit war für die Zeichner ein Verlust eingetreten, der den Zinsbetrag eines ganzen Jahres bereits übertraf. Es stehen zwar in diesem Jahr keine Anleihen bevor, doch muß für den außerordentlichen Etat diese Möglichkeit naturgemäß offengehalten werden. Zweitens mußte das Reich mit dem Zwang rechnen, weitere große Summen der Anleihe zurückzukaufen, um ein weiteres Absinken des Kurses zu verhindern. Von dem Nominalbetrag von 500 Millionen waren im Februar 200 Millionen von verschiedenen Instituten mit der Verpflichtung übernommen worden, sie zunächst 9 Monate lang nicht zu verkaufen, auch von den restlichen 300 Millionen waren 200 Millionen mit sechsmonatiger Sperrfrist gezeichnet worden, so daß also jetzt bereits nach dem Ablauf dieser Sperrfrist damit zu rechnen war, daß größere Pakete dieser 200 Millionen auf den Markt kommen. Von den restlichen von Anfang an frei auf den Markt gekommenen hundert Millionen hat das Reich bereits den größeren Teil, also schon wesentliche Beträge zurückkaufen müssen und durch den Ankauf zu niedrigerem Kurs (auf Kosten der Zeichner) einige Prozent verdient, vorausgesetzt, daß nun die erhoffte Kurssteigerung eintritt und der Wiederabstieg der Stücke zu höherem Kurs möglich wird.

Man wird aus der Geschichte dieser Anleihe natürlich seine Lehre zu ziehen haben. Ihr Betrag hat sich als zu hoch für die Aufnahmefähigkeit des deutschen Kapitalmarkts erwiesen und mit zu dessen Versteifung beigetragen. Alle Abmachungen über die Pflege des Kurses und alle Rückkäufe durch das Reich konnten den Kursabfall der Anleihe nicht aufhalten, er zeigte sich ja schon bei der Börseneinführung dieses Papiers. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sich auch nach der Erhöhung des Zinsfußes auf 6 Proz. der Kurs nun auf den Begebungskurs von 92 Proz. stabilisieren läßt, zumal sämtliche sechsprozentigen deutschen Staatsanleihen unter 90 Proz. stehen. Die Zinserhöhung kostet dem Reich auf 7 Jahre verteilt, 35 Millionen M. Zunächst hatte man an den Börsen die offizielle Notierung der Anleihe (die am Montag im Freibörse in Berlin mit ca. 88 Proz. notierte) ausgelegt, um Verkäufe des noch nicht orientierten Publikums zu verhindern. In den letzten Tagen notierte die Anleihe auf der Berliner Börse zu 87 1/2 Proz., obwohl durch Abmachungen mit den Banken die Lombardmöglichkeiten für dieses Papier erleichtert wurden.

Auch die Altbestandanleihe weist leider einen ständigen Kursrückgang auf, so daß die gemeldete 12 1/2prozentige Aufwertung für die Besitzer des Papiers wenigstens augenblicklich, wenn sie ihre Stücke verwerfen wollen, hinfällig ist. Aus diesem Grund wird eine andere Ausstattung der Altbestandanleihe und die Umwandlung dieses Notpapieres in eine festverzinsliche Anleihe vorgeschlagen.

Die Hindenburg-Spende

Es bestehen, wie beobachtet wird, vielfach noch Zweifel über den Zweck der Hindenburg-Spende. Ihnen gegenüber wird festgestellt: Die Ehrennabe, wie sie in Gestalt der Hindenburg-Spende dem Reichspräsidenten aus Anlaß seines demnächstigen 80. Geburtstages dargebracht werden soll, will er ungekürzt und ausschließlich zugunsten von Kriegervätern und Veteranen verwenden. Diese schon vor längerer Zeit bekanntgegebene Erklärung des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg schließt die Verwendung der Mittel der Hindenburg-Spende oder auch nur eines Bruchteiles von ihnen zu einem anderen Zweck als dem angegebenen aus. Der Verwendungszweck der Hindenburg-Spende dürfte damit endgültig festgestellt sein. Die Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende, Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, hat sich der dauernden Überwachung durch die Deutsche Revisions- und Treuhänder-A.-G. unterstellt. Sie ist im übrigen bereit, jedem sachlich Interessierten an der Hand ihrer Unterlagen alle gewünschten Auskünfte zu geben. Sie fühlt sich zu diesem Angebot um so mehr genötigt, als bedauerlicherweise auf Grund unkontrollierbarer Angaben in der Öffentlichkeit der Versuch unternommen wird, die eingangs gekennzeichneten Zweifel über den Wohlfahrtszweck der Hindenburg-Spende zu nähren.

Die Nachforschungen nach dem verschwundenen polnischen General Jagorff sind bisher vergeblich geblieben. Auch die verhasste Grenzkontrolle lieferte keine Resultate.

Die Rheinlandbesatzung

England und Frankreich

Während in den zuständigen britischen Kreisen über die französische Antwort auf die britischen Noten über die Herabsetzung der alliierten Militärstreitkräfte im Rheinland äußerste Zurückhaltung beobachtet wird, erfährt Reuters von zuverlässiger Seite, daß die französische Regierung vorgeschlagen habe, ihre Truppen, die zur Zeit etwa 55 000 Mann stark sind, um 5000 Mann zu vermindern. Gleichzeitig hat es den Anschein, als ob die französische Regierung erwarte, daß die britische und die belgische Regierung ebenfalls Truppen in einer Gesamtsstärke von 5000 Mann zurückziehen, so daß also eine gesamte Herabsetzung der Besatzungstruppen um 10 000 Mann stattfinden würde. Die französischen Vorschläge werden gegenwärtig von der britischen Regierung geprüft. Möglicherweise wird man den Eindruck haben, daß die vorgeschlagene Zurückziehung britischer und belgischer Truppen unverhältnismäßig sei, da die Gesamtsstärke der französischen Streitkräfte im Rheinland die britischen und belgischen Streitkräfte um 40 000 Mann übersteigt.

Es muß daran erinnert werden, daß die Völkervereinigung in ihrer Note vom November 1925 der deutschen Regierung versprochen hat, im Rheinland die Zahl der alliierten Truppen merklich herabzusetzen. Seit diesem Zeitpunkt hat die deutsche Regierung bei jeder möglichen Gelegenheit die Nichterfüllung des Versprechens durch die Alliierten als Beschwörbegrund vorgebracht. Um ähnliche Beschwörbegründe der deutschen Regierung zu beseitigen, wird die britische Regierung, wie Reuters meldet, jetzt darauf bedacht sein, die von der Völkervereinigung versprochene merkliche Zurückziehung von Truppen durchzuführen. Während in der Note der Völkervereinigung keine bestimmte Zahl genannt ist, und noch keine Geneigtheit besteht, in unnötige Einzelheiten der Frage einzutreten, solange die Angelegenheit noch erörtert wird, glaubt man doch allgemein, daß die Herabsetzung der gesamten alliierten Truppen im Rheinland auf annähernd 55 000 Mann die Billigung der britischen Regierung finden werde.

Der deutsche Botschafter in Paris von Hülsh hatte am Donnerstag eine 1 1/2stündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré, wobei er für die Anteilnahme der französischen Regierung während seiner Erkrankung dankte. Auch fand eine allgemeine Erörterung des gegenwärtigen Standes der deutsch-französischen Beziehungen statt unter besonderer Würdigung des Handelsvertragsabschlusses.

Nur 4000 Mann Verringerung?

W.B. Paris, 19. Aug. (Tel.) Die Frage der Verringerung der Besatzungstruppen im Rheinland wird, wie verlautet, in dem heute vormittag stattfindenden Ministerrat erneut behandelt werden. Nach dem „Echo de Paris“ sollen die bisher in Deutschland und England veröffentlichten Zahlenangaben viel höher sein als die wirkliche Verringerung, die in Frage kommen könnte, wenn die neue Truppeneinteilung endgültig angenommen ist, die Kriegsminister Painlevé mit General Petain und General Guillaumat plant.

„Zeit Journal“ berichtet, die englische Antwortnote auf die französische Antwortnote in der Frage der Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland sei gestern nachmittag in Paris noch nicht eingetroffen. Man glaube, daß die von Frankreich ins Auge gefaßte Ziffer 4000 Mann sei.

Wilton über die Lage im Saargebiet

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, Sir Ernest Wilton, empfing Donnerstag mittag in Saarbrücken die Vertreter der saarländischen Presse zu einer Besprechung. Diese Besprechungen sollen in Zukunft zu einer ständigen Einrichtung werden. Wilton führte u. a. aus: Als Präsident der Regierungskommission bin ich vollständig neutral. Für die Lage der Bergarbeiterschaft habe ich volles Verständnis und mich auch mit der Generaldirektion der französischen Gruben in Verbindung gesetzt. Es sind Zugeständnisse von jener Seite erzielt worden. Die Ursache der Schwierigkeiten liegt in der Kohlenüberproduktion. Um Abhilfe zu schaffen, wie sie bei der letzten Bergarbeiterdemonstration sich ereignet haben, in Zukunft zu verhindern, werden alle Demonstrationen, von denen man eine Aufhebung befürchtet, künftig verboten werden. Ein solches Verbot dürfte aber kaum auf etwaige Kundgebungen aus Anlaß des achtzigsten Geburtstages des Reichspräsidenten auszudehnen sein, denn ich verstehe es, daß man auch bei den saarländischen Deutschen den Reichspräsidenten bereuen und feiern will.

Das 75jährige Jubiläum des Germanischen Nationalmuseums

Donnerstag vormittag wurde in Nürnberg das 75jährige Bestehen des Germanischen Nationalmuseums in der Barthäuser Klosterkirche mit einem Festakt feierlich begangen. Unter den zahlreichen Ehrengästen befanden sich u. a. Ministerpräsident Dr. Heßler, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Dr. Zweigert als Vertreter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und der bayerische Kultusminister Dr. Golbenberger. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des Verwaltungsrates Graf Bosadowitz-Behmer, worauf Professor Dr. Sauer, Freiburg, die Festrede hielt. Der bayerische Kultusminister Dr. Golbenberger überbrachte die Glückwünsche der Staatsregierung und der im Reichsrat vereinigten deutschen Länder und teilte den Beschluß der Staatsregierung mit, dem Museum als Ehrengabe zwei Gemälde aus dem 16. Jahrhundert zu stiften. Dr. Zweigert überreichte namens des Reichspräsidenten als Ehrengabe des Reiches das Bild eines alten elfässer Meisters aus der Zeit Schongauers. Nach dem Festakt fand ein Festessen statt.

Mit der Beilage: 46. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Politische Neuigkeiten

Für ein Rentnerversorgungsgesetz

Die demokratische Fraktion hat im Reichstag den Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes eingebracht. Danach sollen versorgungsberechtigt sein alle im Inlande wohnenden deutschen Rentner, deren regelmäßiges Einkommen infolge der Geldentwertung niedriger ist als die Rente, die ihnen nach diesem Gesetz zufließt, wenn sie 1. das 60. Lebensjahr vollendet haben, oder 2. vor Vollendung des 60. Lebensjahres erwerbsunfähig sind. Als monatliche Grundrente wird gefordert für Orte der Sonderklasse A 60 RM, D 45 RM, für Orte der Ortsklassen B bis RM, C 50 RM, D 45 RM. Der verheiratete Rentner erhält einen Ehegattenaufschlag von 50 Proz. und für jedes Kind des Rentners wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eine Kinderzulage von 25 Proz. der Grundrente gewährt. Der Entwurf fordert als Versorgungsanspruch neben der Rente eine Krankenfürsorge und ferner Sterbegeld, das für die Orte der Sonderklasse und Ortsklasse A 144 RM beträgt, für die übrigen Ortsklassen 135 RM bzw. 126 und 112,50 RM.

Internationale Statute über Seehäfen und Eisenbahnen

Der Reichsminister des Auswärtigen hat laut „Tägl. Rundsch.“ dem Reichstag ein Statut über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen und eine solche betreffend die Eisenbahnen zur Beschlussfassung vorgelegt. Die beiden Statute sind bereits auf der zweiten Verkehrsministerkonferenz des Völkerbundes vereinbart worden, an der Deutschland als gleichberechtigter Staat teilgenommen hat. Das eine Abkommen hat den Charakter eines eisenbahnpolitischen Programmes, auf das sich die einzelnen Staaten geeinigt haben. Es enthält eine Zusammenfassung der Eisenbahnverwaltungen als praktisch befolgte Regel als Sondervereinbarung bisher bereits bestanden hatte. Das Abkommen über die Seehäfen zeigt den gleichen Charakter.

Der deutsche Handwerks- u. Gewerbeamtstag

Die geschliche Spitzenvertretung der 67 deutschen Handwerks- und Gewerbeämter, tritt am 24. und 25. d. M. in München zu seiner diesjährigen Vertreterversammlung zusammen. Die Tagung wird eingeleitet mit einer Vorstandssitzung des Amtes am 24. August, der am Nachmittag die geschlossene Mitgliederversammlung zur Erledigung der geschäftsmäßigen Regularien folgt. Die große öffentliche Versammlung findet am 25. August im Sitzungssaal des Alten Rathauses statt. Oberbürgermeister Dr. Abamey, Berlin, hat hierzu einen Vortrag über „Die Stellungnahme der wirtschaftlichen Spitzenverbände zur Verwaltungsreform“ übernommen. Syndikus Hauser, Karlsruhe, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Badischen Handwerksamtes und Gewerbestages, wird über „Die rationelle Gestaltung der berufständischen Gemeinschaftsarbeit im Handwerk“ sprechen. Generalsekretär Hermann, Charlottenburg, wird zum Steuervereinfachungsgesetz Stellung nehmen. Gemeinsame Führungen der Tagungsteilnehmer durch die Ausstellung „Das bayerische Handwerk“ sind vorgesehen.

Zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen

Es ist allgemein bekannt, daß die weibliche Erwerbstätigkeit seit der Vorkriegszeit in außerordentlich schnellem Tempo zugenommen hat. Das ist eine Entwicklung, die schon vorher im Gange war, und die wahrscheinlich auch ohne den Krieg eingetreten wäre. Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß sie durch Heranziehung der Frauen zur Berufstätigkeit während der Kriegszeit und durch die Vermögensschwächung in der Inflationsperiode sehr wesentlich gefördert worden ist. So darf man sich nicht wundern, daß nach den Ergebnissen der Berufsstatistik von 1925 die Zahl der weiblichen Berufstätigen weit stärker gewachsen ist als die der männlichen. Im Reich ohne Preußen, auf das sich die bisher bekannteste Statistik noch nicht erstreckt, sind durchschnittlich 39,4 Prozent der gesamten weiblichen Bevölkerung berufstätig, während es im Jahre 1907 bei der vorletzten Zählung nur 33,1 Prozent waren. Die Zunahme an weiblichen Erwerbstätigen ist fast ebenso groß wie der gesamte weibliche Bevölkerungszuwachs. Drei Viertel aller weiblichen Erwerbstätigen sind allerdings in der Landwirtschaft beschäftigt, hauptsächlich als mithelfende Familienangehörige. Von den nichtlandwirtschaftlichen weiblichen Erwerbstätigen sind 51,5 Prozent Arbeiter, 19,3 Prozent Angestellte, 17,3 Prozent Hausangestellte, 12,8 Prozent Selbstständige und 9,3 Prozent mithelfende Familienangehörige. Die Zahl der weiblichen Angestellten hat sich beinahe verdreifacht, während die der Arbeiterinnen um 50 Prozent gestiegen ist. Einen Rückgang an erwerbstätigen Frauen finden wir dagegen bei den Hausangestellten, den Landarbeiterinnen und den landwirtschaftlichen Angestellten.

Deutschland und Litauen. Zu einer Meldung des „D. T.“, daß die Reichsregierung beabsichtige, anlässlich der Angriffe der litauischen Zeitung „Vietuv“ gegen den deutschen Generalkonsul in Memel, Dr. Mubge, in Nowo vorstellig zu werden, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß über einen Schritt der Reichsregierung nichts bekannt sei. Auch sei nichts davon bekannt, daß die litauische Regierung die Abberufung des deutschen Generalkonsuls verlangt hätte. Ein Wechsel in der Besetzung des Generalkonsulats sei wohl vorgesehen, doch könne über die Personfrage vor der Ernennung noch nichts gesagt werden.

Neuorganisation der „Industrie- und Handelszeitung“. Zu den Gerüchten über eine bevorstehende Liquidation der „Industrie- und Handelszeitung“ erfahren die Berliner Blätter, daß sich eine Reform in der Organisation der „Industrie- und Handelszeitung“ als notwendig erwiesen hat. Die vorfichtshalber ausgesprochenen Kündigung der Angestellten seien auf die Absicht einer Vereinfachung des Apparates zurückzuführen. Es sei nicht anzunehmen, daß eine Liquidation der „Industrie- und Handelszeitung“ in Frage kommt.

Die Untersuchung der Filmsubventionen. Wie das „D. T.“ berichtet, ist neben der Untersuchung durch den Präsidenten des Rechnungshofes, Sämisch, über die Filmsubventionen des Reichswehrministeriums eine verwaltungsmäßige Untersuchung gegen Kapitän Rahmann von der Marineleitung des Reichswehrministeriums angeordnet worden. Da das Disziplinarverfahren gegen Offiziere gesetzlich noch nicht geregelt ist, konnte ein amtliches Disziplinarverfahren nicht eingeleitet werden.

Autobroschürenstreik in Berlin. Die Innung der Vereinigten Kraftwagenbesitzer hat heute, Freitag vormittag, einen Demonstrationstreik durchgeführt. Sie wollen, daß der Kleinbroschürenstreik wieder abgeschafft und alle Fahrten zum Mittelstadium ausgedehnt werden sollen. Die Besitzer von Kleinbroschüren erklären aber, ihren Tarif auf keinen Fall erhöhen zu wollen, da sie durch die geringeren Betriebskosten in die Lage versetzt seien, auch zu einem niedrigeren Tarif fahren zu können, als die schweren Droschken mit großem Betriebsstoffverbrauch. Das Publikum nahm den Streik ohne Aufregung hin.

Kurze Nachrichten

Was kostet das Reichsschulgesetz? Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, haben sowohl der Deutsche Städtetag als auch der Preussische Landgemeindetag bei den ihnen angehängten Städten und Gemeinden Erhebungen über die Kosten eingeleitet, die den Selbstverwaltungskörpern durch das geplante Reichsschulgesetz entstehen würden.

Anfrage gegen die Lotteriebetrüger. Nach Abschluß der Untersuchung gegen die beiden ungetreuen Lotteriebeamten ist jetzt, wie aus Berlin gemeldet wird, von der Staatsanwaltschaft I Anfrage erhoben worden wegen Betruges, schwerer intellektueller Artundweishaltung, Artundweishaltung und Halsbekundung.

Postentlastung Kopsbachs. Wie das „Medien. Tagebl.“ aus Wismar erfährt, hat die Haftbeschwerde, die in der Strafkammer gegen Kopsbach und Genossen durch dessen Verteidiger, Rechtsanwalt Schröder, Wismar, eingelegt worden ist, den Erfolg gehabt, daß die Haftbefehle gegen sämtliche Angeklagten aufgehoben sind. Die Verhafteten Kopsbach, Meinede, Bender und Lindemeier sind sofort aus der Haft entlassen worden.

Ein Jagdenverbot in Oldenburg. Wie aus Oldenburg berichtet wird, hat das oldenburgische Staatsministerium eine Verordnung zum Schutze der Reichsforsten in den oldenburgischen Wäldern erlassen, in der es heißt, daß die zuständigen Behörden angewiesen sind, alle Maßnahmen zu treffen, die eine Entfernung, mutwillige Beschädigung oder Vernichtung von Jaggen mit den verfassungsmäßigen Reichsforsten zu verhindern geeignet sind und etwaige Täter zur Strafverfolgung zu bringen.

Die Verkehrs- und Transfissionen des Völkerbundes versammelt sich am 19. August in Genf zu ihrer 11. Tagung. Auf der Tagesordnung steht die Prüfung der verschiedenen seit der letzten Tagung durchgeführten Arbeiten ihrer Sachverständigenausschüsse über Verkehrsvereinfachungen aller Art mit dem Völkerbundsmitglied der Remeler Oasen, Direktion sowie eine Reihe weiterer Fragen allgemeiner und administrativer Hinsicht.

Internationaler Luftfahrtkongress in Zürich. Der Kongress der Fédération Aéronautique Internationale (FAI) schloß am Donnerstag seine Arbeiten ab. Die allgemeinen Jahresgeschäftsberichte, die Rechnungslegung und anderen Vorlagen wurden genehmigt, ebenso sämtliche, zur Anerkennung gemeldeten Weltrekorde verzeichnet. Das Direktionskomitee wurde dem Präsidenten Grafen de la Vaulx, Frankreich, bestätigt. Als Vizepräsidenten wählte der Kongress den Prinzen Bibesco, Rumänien, Major v. Tschudi, Deutschland, Oberst Wegner, Schweiz und Graf d'Outremont, Belgien. Der nächstjährige Kongress findet in Brüssel statt.

Der internationale Genossenschaftskongress in Stockholm beschloß auf Antrag des Delegierten Remer, den nächsten Kongress in Wien abzuhalten. Darauf wurde die Tagung durch den Vorsitzenden, den russischen Delegierten das Wort, das ihnen jedoch vom Vorsitzenden mit dem Hinweis verweigert wurde, daß die Tagesordnung erledigt sei. Als die Orgel des Kongresshauses alsdann mit dem Schlußort einsetzte, erhoben sich die russischen Delegierten und sangen die Internationale.

Revisierung der spanischen Bille. Nach einer Meldung aus Madrid ist ein Dekret veröffentlicht worden, das festsetzt, daß die Zollrevision durch den Wirtschaftsrat ab 1. Oktober durchgeführt werden wird. Das derzeitige Zollschemem werde durch einen allgemeinen Zolltarif und einen konventionellen Zolltarif, der als Minimum-Tarif gilt, ersetzt werden.

Beilegung des englisch-chinesischen Zwischenfalls. Da der Konflikt wegen der Flugzeuge beigelegt werden ist, haben, wie aus Shanghai gemeldet wird, die britischen Behörden die abgegriffene Eisenbahnlinie freigegeben und die Truppen wieder in die Niederlassung zurückgezogen. Die Drohung des englischen Generals Duncan, die Bahnverbindung zwischen Shanghai und Hankow zu unterbrechen, falls die chinesischen Behörden nicht das von ihnen beschlagnahmte englische Flugzeug zurückgeben, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Das Flugzeug wurde den Engländern zurückgegeben. Die Chinesen erklären, die Haltung Duncans stelle eine kriegerische Handlung dar.

Badischer Teil

Ein außerordentlicher Städtetag

Dem „Bad. Beobachter“ zufolge hat der Vorstand des Badischen Städteverbandes beschlossen, anfangs September d. J. in Konstanz einen außerordentlichen Städtetag abzuhalten. Bei dieser Gelegenheit soll insbesondere ein Antrag der sozialdemokratischen Partei auf Abänderung der Satzung des Städteverbandes zur Beratung kommen. Danach soll sowohl der Vorstand wie auch der Hauptausschuß des Städteverbandes eine andere Zusammenfassung wie bisher erfahren. Bisher hatten, wie das Blatt schreibt, die Oberbürgermeister den entscheidenden und maßgebenden Einfluß. Es sei nun wohl das gute Recht der politischen Parteien, die in der Kommunalpolitik ein großes Maß Verantwortung gemeinsam mit den Gemeindevorständen tragen müssen, wenn sie verlangen, daß ihnen auch in der Leitung der Städte- und Gemeindeverbände ein entsprechender Einfluß gesichert werde. Bisher habe die Tätigkeit der Städte- und Gemeindeverbände hin und wieder die nötige Fühlung mit führenden politischen Kreisen stark vermissen lassen. Dem Vernehmen nach beabsichtigen die dem Zentrum angehörenden Vertreter anlässlich des außerordentlichen Städtetages in Konstanz eine besondere Vorbesprechung abzuhalten, deren Aufgabe es sein wird, eine allseits zufriedenstellende Lösung zu suchen.

Die Badische Landesbibliothek

Ist nach Satzung § 20 wegen Reinigung vom 21. bis 31. August geschlossen. Die in dieser Zeit einlaufenden Bestellungen können deshalb erst nach Wiedereröffnung ausgeführt werden. Der Streik in der Rheinischhaffahrt

Verleihung der Rettungsmedaille

Durch Entschliegung des Staatsministeriums vom 2. August wurde dem Lehrer Eugen Frey in Karlsruhe und dem Fabrikarbeiter Anton Müller in Wöhrden die Badische Rettungsmedaille verliehen.

Die Heidelberger Festspiele schlossen Mittwoch Abend vor überfülltem Schloßhof mit einer Aufführung des „Rätchens von Heilbronn“. Ein internationales Publikum vereinigte sich mit den Scharen der Einheimischen und dankte am Schluß durch lange Kundgebungen den Mitwirkenden. Unter den Besuchern waren auch gestern wieder zahlreiche Vertreter der Presse, des literarischen Lebens und des Theaters gemeldet.

Prof. Sascha Schneider f. Der bekannte Dresdener Kunstmaler Prof. Sascha Schneider ist in Swinemünde verstorben.

Der Streit in der Rheinschiffahrt

In der Oberreinschiffahrt ruhte seit Donnerstag vormittag, soweit deutsches Personal in Frage kommt, der Verkehr. Der Deutsche Verkehrsverband hatte seine Mitglieder angewiesen, auf dem ganzen Oberrhein, d. h. von Mannheim abwärts, die Arbeit zu verweigern, sowohl das Fahren und Schleppen, als auch die Mitwirkung beim Laden und Löschen einzustellen. Unterhalb Mannheim wurde noch gefahren, insbesondere an der Ruhr geladen und gelöscht; ebenso blieb der Verkehr von nach den Seehäfen nach dem Nieder- und Mittelrhein vorerst noch offen.

Zu den Vorgängen in der Rheinschiffahrt wird von bestunterrichteter Seite aus Duisburg folgende Darstellung gegeben: Das Personal der Rheinschiffe, nicht aber die Maschinenisten und Steiger, haben Mittwoch Abend in einer Versammlung in Mannheim den Streik beschlossen, nachdem die Tarif- und Lohnverhandlungen am Montag abgebrochen worden waren. In Duisburg wurden am Donnerstag die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden und dem Zentralverband der Maschinenisten und Steiger zum Abschluß gebracht. Es ist ein Tarifvertrag für das Maschinenpersonal der Rheinschiffahrt abgeschlossen worden, der diesem Personal wesentliche Lohnsteigerungen sichert. Somit besteht nur noch über die Forderungen des Personalisten ein Arbeitskonflikt. Man glaubt nicht, daß der Streik am Oberrhein von langer Dauer sein wird, da der Deutsche Verkehrsverband selbst ein Schlichtungsverfahren beantragt hat. Der Reichsarbeitsminister hat Dr. Jettin, Köln, zum Schlichter bestellt. Der Verhandlungstermin ist noch nicht anberaumt.

Nach dem getrigen Abschluß des Vertrages hat sich das Maschinenpersonal in einer Versammlung dafür eingesetzt, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird. Nur vom Personalist wird versucht, den Streik fortzuführen. Bei den maßgebenden Reedereien liegen aber keine Störungen vor. Auch der Streik am Oberrhein ist zum größten Teil beendet. Auf andere Plätze hat er sich nicht ausgedehnt.

24. Generalversammlung des Verbandes Kathol.-kaufm. Gehilfen und Beamtinnen

Vom 14.—16. August tagten in Freiburg i. Br. die Mitglieder des Verbandes kath. kaufmänn. Gehilfen und Beamtinnen (Sitz Köln). Das Thema der Tagung war „Die katholische Frau im deutschen Wirtschafts- und Staatsleben“. Die Generalversammlung wurde am Sonntag durch den Generalpräsidenten Professor Meyer, Köln, eröffnet. Fräulein Katharina Müller, die 1. Vorsitzende des Verbandes weiblicher Handels- und Büroangestellter und zugleich 1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauen-Berufsverbände, referierte dann über „Die katholische Frau in der heutigen Wirtschaft“. Das Thema „Die katholische Frau im Staatsleben“ behandelte Reichstagsabgeordneter Veris, Köln. An der im katholischen Vereinshaus veranstalteten Festversammlung nahm auch Reichstagsabgeordneter Dr. Burger teil. Den zweiten Tag nahmen Referate des Paters Graf und Kaplan Ritter, Essen, ein. In dem ersten Referat wurden die Forderungen aus den der Frau im Wirtschaftsleben und in der Sozialpolitik gestellten Aufgaben in bezug auf Verband und Verein gezogen, während das zweite Referat die vergangene Arbeit des Verbandes kritisch beleuchtete. Interne Verbandsfragen waren weitere Gegenstände der Beratungen.

Internationaler Fremdenverkehr im Schwarzwald

Zum erstenmale seit dem Kriege hat der internationale Fremdenverkehr im Schwarzwald in diesem Sommer wieder einen ebenso lebhaften, wie erfreulichen Aufschwung erfahren. Aus sämtlichen Kurorten des Bezirkes liegen Nachrichten vor, wonach zahlreiche Kurgäste aus Holland, der Schweiz, Skandinavien, England und Amerika zumeist zu mehrwöchigen Kuraufenthalten eingetroffen sind. Die im Ausland betriebene regelmäßige Propaganda hat sicherlich ihre Wirkung nicht verfehlt, andererseits beobachtet man häufig, daß die in den Kurorten des Schwarzwaldbezirges aufzuweisenden Ausländer gerne wiederkehren, da sie sich hier bei relativ niedrigen Preisen gut aufgehoben finden. Tatsächlich wird von den in- und ausländischen Kurgästen dieses Jahr allgemein anerkannt, daß die Pensionen in sämtlichen Kurorten im Vergleich zum Auslande sehr mäßig gestellt und die Unterkunft und Verpflegung infolge der beschlagnahmten Hotelier durchweg vorzüglich sind.

Gemeinde-Rundschau

Aus dem Bürgerausschuß Mannheim

Umbau des Mannheimer Hauptbahnhofes. Der Mannheimer Bürgerausschuß bewilligte in einer Ferienigung am Mittwoch die Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Reichsmark, wie sie vom Stadtrat für die Umgestaltung des Bahnhofes, des Platzes und der Gleisanlagen der Straßenbahn im Hinblick auf den von der Reichsregierung bereits für den kommenden Herbst vorgesehenen großzügigen Umbau des Mannheimer Bahnhofes genehmigt wurden. Zum Zwecke des Umbaus des Hauptbahnhofes wird der Reichsbahn bzw. dem Reich eine Fläche von 740 Quadratmeter des jetzigen Bahnhofes kostenlos übereignet unter der Bedingung, daß bei Aufgabe des Bahnhofes (späterer Neubau des Bahnhofes) das Gelände der Stadt wieder übereignet wird. Die Gebäudfront des jetzigen Bahnhofes soll um 10 Meter vorverlegt werden.

Für neue Straßenbauten auf dem aufgefällten Gelände zwischen Friedrichsbrücke und Collinstraße, sowie Durchführung der linksseitigen Redarpromenade von Neustadt bis zur Friedrichsbrücke wurden 566 000 RM bewilligt. Infolge des Baues des großen Stations an der Sedenheimerstraße hat anlässlich von Sportfesten usw. die Straßenbahnlinie nach Neustadt so starken Verkehr, daß die derzeitige Stromleitung nicht mehr genügt. Sie soll deshalb durch Verlegung eines neuen Pfeilerstabs vom Ulmerwerfer Kappelerstraße nach dem Hauptspielplatz, womit zugleich die neue Straßenbahnlinie durch die Augusta-Anlage gespeist werden soll, mit einem Kostenaufwand von 75 000 RM verstärkt werden, wozu der Ausschuß seine Genehmigung gab.

Der Bürgerausschuß hatte sich u. a. auch mit der Strecke Heidelberg-Mannheim der Oberheinischen Eisenbahngesellschaft zu befassen. Der zweigleisige Ausbau dieser Strecke, nach dessen Fertigstellung auch auf dieser Linie elektrischer Betrieb eingeführt wird, ist im Ertrage begriffen. Die Teilstrecke Mannheim-Sedenheim wird voraussichtlich noch in diesem Jahre, die Reststrecke Sedenheim-Heidelberg im Jahre 1928 fertiggestellt werden. Der neu anzulegende Bahnhof auf dem aufgefällten Gelände oberhalb der Friedrichsbrücke in Mannheim erhält Verbindungsgleise zu den Gleisen der Straßenbahn im Mannheimer Friedrichsring, um hier den Übergang von O.E.G.-Zügen nach der Stadt zu ermöglichen. Bei Neustadt, wo die Gleise der O.E.G. über den Hochwasserdamm hinweggeführt werden, um von

hier aus bis Eodenheim an der flussseitigen Böschung des Damms zu verlaufen, werden gleichfalls Übergangsgleise zwischen Straßenbahn und D.C.G. angelegt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Pforzheim in der Nachkriegszeit

Vor kurzem ist von der Stadt Pforzheim der erste Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1925 herausgegeben worden, welcher die Tätigkeit der Stadtverwaltung, die kommunalen Begebenheiten sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt in der Nachkriegszeit zur Darstellung bringt und in weiteren Kreisen Interesse erregen dürfte.

Der Bericht gibt zunächst einen Überblick über das Stadtgebiet und die Bevölkerung, die sich von 78 786 Köpfen im Jahre 1910 auf 78 889 Einwohner im Jahre 1925 vermehrt hat. Sodann werden die Vertretungen der Stadt in gesetzgebenden und Selbstverwaltungskörpern sowie die Verwaltungs- und Vertretungsorgane der Stadt mit ihren Funktionen behandelt. Im Abschnitt Finanzwesen werden die Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern dargestellt und der Haushaltsplan der Stadthauptkasse für 1925 eingehend dargestellt, der unter Berücksichtigung der Leistungen an die Haushalte und der Ablieferungen der Überschussbetriebe einen ungedeckten Fehlbetrag von 2 080 900 M ergab. Dieser wurde durch einen vorläufigen Umlagefuß von 46 Pf auf je 100 M Steuerwert des Viegenstands- und Betriebsvermögens gedeckt.

Der Bürgerausschuß hat am 25. September 1925 seine Zustimmung zur Aufnahme einer Auslandsanleihe in Höhe von 1 Million Dollar = 4 200 000 M erteilt. Da die Beratungskommission für Auslandsanleihe beim Reichsfinanzministerium in Berlin jedoch nur einen Auslandskredit von 1 500 000 M genehmigte und für diesen geringen Betrag keine Auslandsanleihe herbeizubekommen war, hat sich die Stadt Pforzheim der gemeinsamen Auslandsanleihe der Badischen Girozentrale Mannheim für verschiedene badische Städte in Höhe von 4,5 Millionen Dollar mit einem Anteil von 416 000 Dollar = 1 745 120 M angeschlossen. Der Anleihebetrug wurde verwendet für eine Gasleitung nach dem Stadtteil Dillweissenstein, für Erweiterungsarbeiten im städtischen Elektrizitätswerk und zur Erweiterung der Leitungen für den Strombezug aus dem Badenwerk. Im März 1926 wurden die Vorarbeiten zur Aufnahme einer Inlandsanleihe durch Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber in Höhe von 5 Millionen Reichsmark aufgenommen und die Anleihe im Mai 1926 zum Abschluß und zur Auszahlung gebracht.

Die Bauwirtschaft und das Wohnungswesen litten in Pforzheim, wie überall, unter der Geldknappheit. Nur in wenigen Fällen war es möglich, Häuser ohne Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu erstellen. Die Höhe der Baukosten, die Unsicherheit, die neuen teuren Wohnungen preiswert zu vermieten, der große Unterschied zwischen den Mieten in den alten und neuen Häusern hemmten die Unternehmungslust. Im Kalenderjahr 1925 wurden 89 Hauptgebäude, 11 Nebengebäude und 45 Auf- und Umbauten fertiggestellt mit zusammen 245 Wohnungen. Die Gesamtzahl der Wohnungsgesuche betrug am 1. April 1925: 2143 und am 1. April 1926: 2149. Davon wurden 1108 als dringend bezeichnet.

Das Wohl der Stadt Pforzheim als Industriestadt ist auf das engste mit dem Gedeihen des Schmutzwarenwesens verknüpft, dessen Entwicklung in der Nachkriegszeit im Anfang des Berichts von Dr. Arthur Dittinger eingehend geschildert wird. Während der Zeit der Geldentwertung hat sich die Pforzheimer Industrie von einer künstlichen Aufblähung ziemlich ferngehalten. Nach dem Ergebnis der Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 umfaßte die Schmutzwarenindustrie 828 Betriebe mit 28 075 Arbeitern und die Schmutzwarenhilfsindustrie 981 Betriebe mit 3792 Arbeitern, so daß die Zahl der Arbeiter nur um ein Geringes den Vorkriegsstand übertrifft. Die Zahl der Betriebe weist allerdings eine wesentliche Erhöhung auf und findet ihre Erklärung durch die Zunahme der Kleinbetriebe (von 1-5 Personen). Die Verarmung des deutschen Volkes durch den verlorenen Krieg und die Inflation rief eine Unterkonsumtionskrisis wie Geld- und Kreditkrisis hervor, vor der besonders die Luxusindustrien außerordentlich schwer betroffen wurden. Hinzu kommt, daß die letzten Jahre eine Uninteressiertheit am Schmuck, besser gesagt, eine „Schmucklose Mode“, mit sich brachten, wodurch das Schmutzwarenwesen ebenfalls geschädigt wurde. Von Mitte Juli bis Mitte August 1925 fand außerdem in der Pforzheimer Schmutzwarenindustrie ein allgemeiner Streik statt. Wenn trotzdem die Pforzheimer Luxusindustrie durch diese Krisen nicht schlimmer betroffen wurde als durchschnittlich die übrigen Industrien Deutschlands, so ist dies vor allem auf den gefunden Kern, die bekannte Qualitätsarbeit und die rasche Anpassungsfähigkeit dieser Industrie zurückzuführen.

Das gebiegene, sorgfältig bearbeitete, 300 Seiten starke Werk, dessen Schriftleitung in den Händen des Direktors Mayer vom Statistischen Amte lag, kann zum Studium nur empfohlen werden.

Die üblichen Gerüche in Mannheim. In der Nacht zum Donnerstag wurde Mannheim wieder von üblen chemischen Gerüchen heimgesucht, diesmal in einer so ungewöhnlich intensiven Form, daß viele Einwohner aus dem Schlafe erwachten. Gelbliche Schwaden, welche säuregetränkte, den Atem beengende Gase ausstrahlten, hingen, wie die „N. Bad. Landesztg.“ meldet, über der Stadt. Es ist erklärlich, daß in der Einwohnerzahl eine Verminderung über diese gesundheitsfördernden Gerüche, die ihnen die Nachtruhe nehmen, herbeitrifft. Das städtische Untersuchungsamt hat an einer freien Stelle in der Nähe des Rheins eine Apparatur aufgestellt, um die über riechenden Abgase zu analysieren. Seit drei Wochen, als der amtliche Auftrag hierzu kam, sei in der Nacht zum Donnerstag der erste Fall eingetreten, daß Mannheim wieder einmal so stark unter den Abgasen zu leiden hatte. Die Niederschläge werden analysiert und das Ergebnis dem Bezirksamt mitgeteilt werden. Es wird behauptet, daß der regenschwere Bewein schuld daran sei, daß die Gerüche in dieser intensiven Form nach Mannheim getragen würden. Bei gutem Wetter steigen die Abgase hoch und lösen sich in der Luft auf. Das Bezirksamt teilt mit, daß die Angelegenheit dort aufmerksam verfolgt werde und alles geschehe, um die gesundheitlichen Interessen der Einwohnerschaft zu wahren.

Der Bürgerausschuß in Redarhausen b. Mannheim genehmigte die Aufnahme eines weiteren Betrags von 20 000 M zur Eingabe von Gemeindefauleisen an Private einstimmig; die Gemeindefauleisen-Satzungen mit 25 gegen 19 Stimmen; den Haushaltsplan für 1927/28 mit einem ungedeckten Aufwand von 41 000 M., welcher durch eine Umlage von 164 Pf aus dem Grundvermögen, 658 Pf aus dem Betriebsvermögen und 12 800 M aus dem Gewerbeertrag (410 Hundertteile der Steuergrundbeträge) gedeckt werden soll mit 35 gegen 6 kommunalfremde Stimmen. Einstimmig wurde beschlossen, das Grund- und Gewerbesteuergesetz vom Juli 1926 erst ab 1. April 1927 auf die Gemeindesteuer anzuwenden und die Vorauszahlungen auf die Umlage für das Jahre 1926 als endgültige Zahlungen anzusehen.

Kommunales als Kehl. Der Handwerkerbauverein war an die Stadtverwaltung herangetreten, ihm zur Erbauung von sechs Kofenbauernwohnhäusern und sechs Wohnungen für die Gendarmerei Baudarlehen von insgesamt 24 000 M

zu geben. Im Hinblick auf die Belastung, die bereits das diesjährige große Bauprogramm für die städtischen Finanzen bedeutet und mit Rücksicht auf die schweren finanziellen Aufgaben, die der Gemeinde in absehbarer Zeit durch die Kinzigverlegung, den Krankenhausneubau usw. gestellt sind, sah sich die Stadtgemeinde Kehl gezwungen, das Ansuchen zurückzuweisen. — Der Gemeinderat beschloß, die Mitgliedschaft des Verkehrsvereins Offenburg und damit sich und Stimme in dessen Verwaltungsrat zu erwerben. Es soll damit ein engeres Zusammenarbeiten in allen verkehrspolitischen Fragen zwischen Offenburg und Kehl erreicht werden.

Aus dem Stadtrat Freiburg i. Br. für die Erstellung einer weiteren katholischen Kirche im Stadtteil Stühlinger ist das erforderliche Gelände an der verlängerten Emmendingerstraße bereitgestellt worden.

Waldstraßen und Autoverkehr. In den Freiburger Blättern wird dagegen protestiert, daß die Waldstraßen um Freiburg nun dem Autoverkehr freigegeben werden sollen. Es wird jetzt darauf hingewiesen, daß auch in Zürich weite Kreise wegen der gleichen Bedrohung ihrer Waldstraßen auf dem Neuliberg und dem Zürcherberg beunruhigt sind wie die Freiburger Bürgererschaft durch die von den Automobilisten gemachte Eingabe, die Waldstraßen den Unannehmlichkeiten des modernen Kraftverkehrs mit all seiner Beunruhigung des Fußgängers auszuliefern. Es handle sich um die „Lungen der Stadt“. Die „N. Zürcher Ztg.“ schreibt: „Was gewinnt der Autofahrer, wenn er in zwei Minuten durch die Waldstraßen fährt? Was verliert er, wenn er darauf verzichtet und die ihm schon freigegebene Straße (im Freiburger Falle die etwas längere Schaumlandstraße) benutzt? Die Waldstraßen können nur dem Fußgänger etwas bedeuten, ihm Erholung und Stärkung bringen — dem Automobilisten können sie nichts bedeuten. Gasse und abgewinkelte Staubmassen können nur einmal nicht in das Jähll der schönen Waldstraßen, und wer die Fußgänger im Gänsemarsch auf die Waldstraße verdrängen will, verkennt ganz die Rolle der Waldstraßen. Der Freiheit des Autos muß eine Grenze gezogen werden, wenn anders die Lungen der Stadt nicht zugrunde gerichtet werden sollen.“

Krankenhausneubau in Stühlingen. In der Bürgerausschußsitzung in Stühlingen fand die Erstellung eines neuen Krankenhauses zur Beratung, wozu ein Kostenaufwand von 240 000 M erforderlich wird. Zur Finanzierung des Projektes sollen die durch den Verkauf des alten Krankenhauses zur Verfügung stehenden 125 000 M verwendet, die Restsumme durch Kapitalaufnahme aufgebracht werden. Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

Das Billinger Wohnungsbauprogramm 1927 soll um 200 000 M erweitert werden, nachdem der Bürgerausschuß bereits im Frühjahr 400 000 M zu Wohnungsbaupurwecken bewilligt hatte.

Das eingeengte Konstanz. Im Gebiet der Altstadt ist Konstanz eingeengt zwischen dem Bodensee und die Schweizer Grenze. In dem neuen Stadtteil Petershausen, der rechtsrheinisch liegt, könnte sich die Stadt ausdehnen, ist aber ebenfalls gehemmt durch ständeherrliche Besitz. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, als Konstanz 4500 Einwohner hatte, kam — wie der „Frank. Ztg.“ geschrieben wird — hier großer Landbesitz durch Säkularisation an die Ständeherrschaft Salem. Damals lagen diese Besitzungen weit vor den Toren der Stadt. Heute hat Konstanz 82 000 Einwohner, die Salemschen Güter sind nun notwendiger Baugelände geworden, im Wert aber ungeheuer gesteigert durch die Ausdehnung der Stadt. Das Gelände wird nun zu Bauzwecken benötigt. Eine Entschlingung, die von sämtlichen Parteien unterzeichnet war und diese Verhältnisse feststellte, wurde im Bürgerausschuß einstimmig angenommen und dem Begehren an den Stadtrat, mit der Verwaltung der Ständeherrschaft in Salem in Unterhandlungen zu treten zwecks Erwerb des betreffenden Geländes zu einem angemessenen Preise, weil das Gelände zu Wohnungen benötigt wird. Die Entschlingung betont: „Die Wertsteigerung des Bodens, der ohne Aufwendungen auf die Grundstücke entstanden ist, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen.“

Aus der Landeshauptstadt

Zum Stapellauf des Kreuzers „Karlsruhe“

Am 20. August läuft der Kreuzer „C“ der Reichsmarine in Kiel vom Stapel und wird nach Meldungen, die allerdings amtlich noch nicht bestätigt sind, auf den Namen „Karlsruhe“ getauft werden. Damit wird dieser Name zum dritten Male in der deutschen Marine erscheinen.

Die neue „Karlsruhe“ stellt ihrer Bauart nach eine Fortentwicklung des Typs der zur Zeit im Auslande kreuzenden „Emden“ und der vor wenigen Monaten vom Stapel gelaufenen „Königsberg“ dar, sie hat bei einer Länge von 174 Metern, 15,2 Metern Breite und einen Tiefgang von 5,4 Metern eine Wasserverdrängung von 6000 Tonnen, entsprechend der uns durch den Versailles Vertrag gezogenen Grenze. Als Brennstoff soll ausschließlich Heißöl verwendet werden und man hofft, damit eine Geschwindigkeit von 32 Seemeilen in der Stunde zu erreichen. Die Bewaffnung des neuen Kreuzers besteht aus neun fünfzehnjährigen-Geschützen und in Drillingstürmen, 4 8,8 Zentimetergeschützen und 4 Drillings-Torpedo-Ausstoßrohren. Die Ausstattung der Geschütze ist also in ähnlicher Weise vorgenommen, wie man sie beispielsweise auch auf den größten, modernsten englischen Schlachtschiffen beobachtet hat. Da das Schiff bei seinem Stapellauf noch keine Maschinen, Hilfsmaschinen, Kessel, Geschütze usw. enthält, wird wohl noch ein gutes Jahr vergehen, bis es seetüchtig und verwendungsfähig dem Flottenverband eingereiht werden kann.

Todesfall. Im Alter von 72 Jahren starb hier der Prof. und frühere Rector Albert Neumeister, der weit über Baden hinaus in den Kreisen der Architekten und Baumeister eine viel genannte Persönlichkeit war. Er war Gründer und über 30 Jahre lang Herausgeber der „Deutschen Konturreisen“, eines der wichtigsten Studienwerke auf dem Gebiet der Architektur, das allerdings während des Krieges eingehen mußte. Nach dem Kräfte gab Neumeister, der inzwischen seine Stellung als Professor an der Baugewerkschule in Karlsruhe wegen eines Augenleidens aufgeben mußte, die Zeitschrift „Bauweitschmerz“ heraus, die ebenfalls viel beachtet wurde.

Die Hindenburg-Jubiläumsmarken. Mit der Ausgabe der vor einiger Zeit angekündigten Hindenburg-Jubiläumsmarken wird voraussichtlich Mitte September begonnen werden können. Es wird nur eine beschränkte Auflage hergestellt, so daß es rasch sein wird, sich rechtzeitig einzudecken. Die Marken werden bekanntlich zum doppelten Nennwert verkauft werden. Der Uberschuß soll der Hindenburgpende zufließen. Es handelt sich um Werte zu 8, 15, 25 und 50 Pf. — In der Reichsdruckerei wird gegenwärtig eifrig an der Herstellung der neuen 8 Pf-Markte gearbeitet. Bisher sind nur einige wenige Postämter damit beliefert worden. Man hofft, daß in einigen Tagen bei sämtlichen Postämtern des Reiches mit dem Verkauf begonnen werden kann.

Ein ungetreuer Kassenbeamter. Bei der Bezirksparatasse in Gernsbach waren Ende v. J. bis Mai d. J. Unterschlagungen von Kontogeldern der Kunden in einer Gesamthöhe von über 2000 M vorgekommen. Aus der Tageskassen wa-

ren 1000 M gestohlen worden. Der Täter hatte sich am Donnerstag in der Person des 19-jährigen Kassengehilfen Albert Bender aus Staufenberg vor dem Schöffengericht Karlsruhe zu verantworten. Die Anklage lautete auf Unterschlagung, Diebstahl und Urkundenfälschung. Letztere wurde in Fälschungen, die zur Vertuschung der Veruntreuungen in den Kontrollisten vorgenommen worden waren, erblickt. Der im allgemeinen gefähliche Angeklagte erhielt ein Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr neun Monate beantragt.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute Abend 7 1/2 wird zum 1. Male die Charletonoperette „Adieu Mimi“ von Ralph Benachy, dem bekannten Schlagerkomponisten, gespielt. Unter der Spielleitung des Direktors Brantner sind mit Claudie Rainold als Mimi hauptsächlich die Komiker des Ensembles, die Herren Czay, Stadler und Wenning in großen Rollen beschäftigt. Am Rult Kapellmeister Ernst Pollini. Morgen wird „Adieu Mimi“ zum 1. mal wiederholt. Sonntag nachmittag 3 Uhr bei kleinen Preisen (1 M bis 4 M) die unwiderrüchliche Aufführung des Saison-schlagers „Arlusprinzessin“ als Volks- und Fremdenvorstellung.

Wetternachrichten der Badischen Landesweiterwart Karlsruhe. Die auf der Vorderseite des heute über der Nordsee liegenden Tiefs anrückenden Regengebiets brachte uns gestern ziemlich Regen (in der Ebene bis 25 Liter, im Gebirge bis über 30 Liter pro Quadratmeter). Aber Mittag brachte es vorübergehend Aufheiterung. Die hiermit rasch einsetzende und starke Erwärmung (Mitteltemperatur Maximum 23 Grad) führte stellenweise zu Gewittern. Ein vom Agordenhoch abgesetzter Teil, der augenblicklich über Bayern liegt, verurteilt heute Morgen Aufheiterung. Es ist jedoch noch weiter mit einzelnen Nachregnen zu rechnen. Insbesondere stellt der vorstehende Durchzug einer von der Südseite des Nordseewirbels ausgehenden Störung auftrübende Winde und Gewittern in Aussicht. Wetterausblick für Samstag: Regen, selbst wolfig mit Aufheiterung, aber noch einzelne Regenschauer bei zeitweise auftrübenden Winden, streichweise Gewitterbegleitung.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Biesloch, 18. Aug. Die Mannheimer Firma Heinrich Ehrlich eröffnet in Biesloch eine neue Zigarrenfabrik und stellt sofort 120 Arbeiter ein. Da auch die übrigen Zigarrenfabriken gegenwärtig voll beschäftigt sind, kann man von einer erfreulichen Besserung der Arbeitsmarktlage in der Zigarrenindustrie berichten.

Rastatt, 19. August. Mit ungeheurer Gewalt brach gestern Abend gegen 6 Uhr über die Gegend von Au im Wurgtal ein schweres Unwetter herein. Das Wetter begann mit einem Wolkenbruch, der über das Dorf Au und die nächste Umgebung niederging. Es regnete etwa 15 Minuten, aber mit einer solchen Heftigkeit, daß man glaubte, es käme eine Unwetterkatastrophe ähnlich wie in Sachsen. Darauf folgte ein Sturm mit ungeheurer Gewalt ein, der an den Häusern und Bäumen großen Schaden anrichtete. Die keinen Wachen der Seitentäler, die sonst nur wenig Wasser führen, wurden zu reißenden Gebirgsbächen. Ein schauerliches Bild bietet das Füllendachtal. Hier hauchte eine Windhose mit fürchterlicher Gewalt. Riesenhafte Rußbäume wurden wie Streichhölzer geknickt. Zahlreiche Heuschößern wurde das Dach abgedeckt. Über 200 Obstbäume, wie Apfel-, Birnen-, Pflaumenbäume liegen in dem engen Tal abgeknickt oder sonstwie zerstört.

D. Baden-Baden, 19. Aug. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr brach über Baden-Baden und Umgebung ein Unwetter los, das erhebliche Schäden anrichtete. Zwischen Scherr und Rote Lache bildete sich eine Windhose, die furchtbare Verwüstungen anrichtete 60-70 cm starke Bäume wurden wie Streichhölzer geknickt, und ein Wolkenbruch brachte ungeheure Wassermassen. Das Unwetter hat auch ein Menschenleben gefordert. Ein auf der Rote Lache zur Kur weilendes Ehepaar war auf einem Spaziergang zwischen Scherr und Rote Lache begriffen und befand sich in der Gegend des Eichenblods. Es konnte sich nicht mehr in Sicherheit bringen, und die 33jährige Frau wurde von einem umfälligen Baum auf der Stelle getötet, der Mann am Arme leicht verletzt. Die Bergung der Leiche war mit größten Schwierigkeiten verbunden, da die freuz und quer liegenden Stämme schwer zu überwindenden Hindernisse darstellten. Abends wurde die Leiche nach Baden-Baden verbracht.

D. Bühl, 18. Aug. Der gestrige Obstmarkt war mit circa 25 000 Zentnern Zwetschgen besetzt. Es dürften von der Station Bühl allein rund 250 Eisenbahnwaggons Zwetschgen abgerollt sein und zwar nach allen Richtungen. Pro Zentner wurden 10-11 M bezahlt, woraus sich ein Tagesertrag von rund 250 000 M ergibt. Unsere Gegend kann sich also heuer eines ungeheuersten Obstjahres erfreuen. — Bühler Frühobstmarkt vom 18. August: Mirabellen 25, Frühzwetschgen 8,11, Birnen 15-25, Apfel 12-14 Pf.

D. Kehl, 18. Aug. In Anwesenheit von Landrat Schindler, Vertretern der Schulen, der Gemeinderäte der Stadt usw., wurde gestern hier die Wanderausstellung für Friedhofskunst in der Stadthalle eröffnet. Bürgermeister Dr. Kraus begrüßte die erschienenen Gäste und dankte allen denen, die sich um die Ausstellung verdient gemacht haben. Professor Linde sprach über Zweck und Ziel der Ausstellung, während Landrat Schindler im Namen des Bezirks den besonderen Dank dafür aussprach, daß das Landesgewerbeamt auch das Genuerland bei der Ausstellung berücksichtigt.

Mödingen i. Hohenwald, 18. Aug. Auf dem Hohenwald werden zur Zeit einige neue Industriegebiete eingerichtet, um dem schwer notleidenden Gebiete einige Verdienstmöglichkeiten zu bringen. Die Erweiterung der Fabriken ist bereits beendet und man hat mit dem Einbau der Maschinen begonnen. In Görwihl wird mit dem Neubau einer Fabrik begonnen. In Herrschwand soll eine Holzwarenfabrik erstellt werden. In Tiefenstein im Albtal konnte eine Spinnerserei nach längerer Betriebsunterbrechung wieder eröffnet werden.

* Stuttgart, 12. Aug. Die Stuttgarter Kunstgewerbeschule, die größte und bestergerichtete Anstalt Deutschlands, veranstaltet gegenwärtig eine Jubiläumsausstellung, die wohl die umfassendste sein wird, die bisher von einer Kunstgewerbeschule veranstaltet wurde. Die Ausstellung umfaßt das ganze große Anstaltsgebäude. Alle Stodwerke und Lehrräume, alle Fachabteilungen und 21 Werkstätten werden dem Publikum zugänglich gemacht. Interessant und lebendig an dieser Ausstellung aber ist, daß man nicht nur die ausgeführten Arbeiten, sondern auch ihre Herstellung studieren kann. Man sieht Schülerinnen an Flach- und Hochweibstühlen arbeiten, in der Metallwerkstatt wird ziselirt und graviert, in der Glasabteilung geschnitten und geschliffen, die Hafner drehen ihre Töpfe, in der Schmelzwerkstatt wird unermüdet gearbeitet. Die Ausstellung hält somit fest an dem bewährten und von Direktor Professor Bernhard Pantof von 25 Jahren geschaffenen Prinzip des Werkstattunterrichts.

St. Paulin, 18. Aug. Der Oberbefehlshaber der französischen Rheinlandarmee, General Guillaumat, hat gegen den verantwortlichen Schriftleiter der nationalsozialistischen Wochenchrift „Der Eisenhammer“, H. Pfister, Haftbefehl erlassen, angeblich, wie das „Pfälzer Tageblatt“ meldet, wegen Nichtbezahlung einer durch das französische Kriegsgericht verhängten Geldstrafe.

W. Basel, 18. Aug. Die von Gogh-Ausstellung in der Kunsthalle Basel wird bis einschließlich 4. September verlängert.

W. Basel, 19. Aug. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat die Prämie für die Ergreifung der für den Bombenanschlag auf dem Vorflurplatz am 10. August verantwortlichen Täter auf 2000 Franken erhöht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. August		18. August	
	Geld	Beiz	Geld	Beiz
Amsterdam 100 G.	168,21	168,55	168,28	168,62
Kopenhagen 100 Kr.	112,47	112,69	112,52	112,74
Italien . . . 100 L.	22,89	22,93	22,905	22,45
London . . . 1 Pf.	20,406	20,446	20,417	20,457
New York . . . 1 D.	4,1975	4,2055	4,1995	4,2070
Paris . . . 100 Fr.	16,445	16,485	16,46	16,50
Schweiz . . . 100 Fr.	80,925	81,085	80,97	81,13
Wien 100 Schilling	59,14	59,26	59,145	59,265
Braun . . . 100 Kr.	12,442	12,62	12,446	12,466

Die vierter Milliarde Reichsmark Getreidezufuhr 1927. Nach den Ermittlungen des Stat. Reichsamts wurden in den ersten sieben Monaten des Jahres 1927 33,25 Millionen Doppelzentner Getreide im Werte von 746,5 Millionen Reichsmark eingeführt. Außerdem wurden 0,59 Millionen Doppelzentner Milchpulver und Butterfett, sowie 0,39 Millionen Doppelzentner Käse importiert, im Wert von zusammen 253,16 Millionen Reichsmark. Auf die einzelnen Getreidearten entfallen folgende Mengen (in Millionen Doppelzentner): Roggen 4,78 Millionen Doppelzentner (100,71 Millionen Reichsmark), Weizen 14,99 Millionen Doppelzentner (386,27 Millionen Reichsmark), Weizenmehl 0,4 Millionen Doppelzentner (13,51 Millionen Reichsmark), Futtermittel 9,84 Millionen Doppelzentner (188,03 Millionen Reichsmark), andere Getreide 1,40 Millionen Doppelzentner (29,25 Millionen Reichsmark), und Hafer 1,84 Millionen Doppelzentner (30,10 Millionen Reichsmark).

Die 4. Ortenauer Herbstmesse in Offenburg wird vom 1. bis 4. Oktober veranstaltet. Sie wird eine Obstschau, einen Obstmarkt, Ausstellung landwirtschaftlicher Produkte, besondere Erzeugnisse der Landwirtschaftskammer, der Pflanzenzüchter und des Versuchsrings Ortenau bringen. Auch eine Wein- und Brantweinprämierung sowie Pferde-, Rindvieh- und Schweineprämierungen werden mit der Ausstellung verbunden sein. Als Besonderheit ist diesmal im Rahmen der Herbstmesse eine große Jagdausstellung vorgesehen. Ein Festzug findet in diesem Jahre nicht statt, dagegen sind gleichzeitig anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten am 2. Oktober, Spiele in Stadt und Land geplant.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 18. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 p d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7455 pence.

Verschiedenes

Die geplanten deutschen Ozeanflüge. Der geplante Ozeanflug Rönnecks wird voraussichtlich von der Stadtverwaltung Köln und dem Ausstellungsamt der Stadt Köln sogleich gefördert werden, daß die dem Unternehmen entgegenstehenden finanziellen Schwierigkeiten beseitigt sind. Als Gegenleistung soll der Flug Rönnecks der Propaganda für die Internationale Presseausstellung in Köln 1928 dienen.

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, sind die Vorbereitungen der Rohrbachflugzeugwerke für einen Ozeanflug, für den man mit dem Münchener Flieger Hubert in Verhandlungen getreten ist, nunmehr soweit gediehen, daß in den nächsten Tagen die für das Unternehmen bestimmte Maschine, ein dreimotoriges Landflugzeug vom Typ Rohrbach-Motand von Staaken nach dem Halle-Weipziger Flugplatz Scheuditz übergeführt werden wird, um von hier aus die Probeflüge mit hoher Belastung durchzuführen.

Ein Wettflug Kalfornien—Hawaii

Dieser Tage fand ein Wettfliegen von der kalifornischen Küste (Oakland) nach Honolulu über den Stillen Ozean statt, das im ganzen Fernen Osten mit gespanntem Interesse verfolgt wurde. Bereits beim Start ereignete sich einige Unfälle. Als erstes traf das Flugzeug „Boolaroc“ in Honolulu ein. Es gewinnt damit den ersten von Dole ausgeschickten Preis in Honolulu-Wettfliegen von 25 000 Dollar. Die Flugzeit betrug 28 Stunden 17 Minuten 20 Sekunden. Das zweite Flugzeug, „Moha“, hat für den Flug nach den vorläufigen Feststellungen 28,16 Stunden gebraucht. Zwei Flugzeuge werden vermisst. Wahrscheinlich ist den Fliegern der Betriebsstoff ausgegangen. Sämtliche Schiffe wurden drähtlos benachrichtigt, nach den Fliegern scharf Ausschau zu halten. Für die Auffindung der vermissten Flieger hat der Millionär Dole eine Belohnung von 20 000 Dollar ausgesetzt. — Nach neuerer Meldung soll eines der Flugzeuge gestrichelt worden sein. Es sei jedoch unmöglich gewesen, die Verhältnisse an Bord des Flugzeuges festzustellen.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zurubezucht:

Berliner Rupert Stellberger beim polizeilichen Anwaltschaftsamt in Kistau kraft Befehles.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernennung:

Anstaltsarzt Theodor Stets am Landesgefängnis in Mannheim zum Professor am Realgymnasium I daselbst; Lehrer Elisabeth Plum an der Mädchenrealschule mit Mädchenrealschule in Heidelberg zur Turnlehrerin daselbst.

Planmäßig ange stellt:

Lehrer Josef Saaf an der Gewerbeschule in Forzheim als Fortbildungsschullehrer daselbst.

Gestorben:

Oberlehrer Albert Denu in Neuhard am 7. August 1927, Hauptlehrer Ludwig Mayer in Ralsch, am 5. August 1927, Sanitätskapitänleutnant Therese Weber in Freiburg, Oberlehrer Franz Dejanter an den vereinigten klinischen Anstalten der Universität Freiburg, am 26. Juli 1927.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stande vom 17. August

Die Börse zeigt seit einiger Zeit wieder mehr Festigkeit. Es handelt sich dabei nicht mehr bloß um eine sog. Kulissenhaufe, da sich auch das Privatpublikum etwas mehr am Geschäft beteiligt. Man hat dabei allerdings den Eindruck, daß die vermehrte Tätigkeit des Privatpublikums nicht aus sich herausgewachsen, sondern durch die Banken veranlaßt ist. Der Beweggrund hierfür soll darin liegen, daß für die nächste Zeit Emissionen geplant seien. Man will anscheinend das Publikum darauf vorbereiten, diese Art der Geldbeschaffung zu unterstützen. Die Hauptanregung für die Beförderung der Wertpapiere und ihre Erlösung aus der drückenden Geschäftslage ging vom Markt der elektrischen Werte aus. Die Kapitalerhöhung der AEG wird als Beweis für die gute Beschäftigung der Elektrizitätsindustrie angesehen. Von den Elektrizitätswerten griff die Aufwärtsbewegung dann auch auf weitere Märkte über. Die Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsvertrages hat in der festeren Haltung der Börse gleichfalls einen Niederschlag.

Geldmarkt. Die Verflüssigung für tägliches Geld hält an. Die Erhöhung des Zinsfußes der 500-Millionen-Anleihe des Reiches von 5 auf 6 Proz. hat einen guten Eindruck gemacht. Sie dürfte dem Kreditbedarf des Reiches nützen.

Produktenmarkt. Die Landwirtschaft ist zur Zeit noch mit der Ernte beschäftigt, die infolge der ungünstigen Wetterlage nicht so rasch voranschreitet, wie dies wünschenswert wäre. Das Jahr kennzeichnet sich dadurch, daß die Witterungswendel und die Unwetter häufiger sind, als es sonst der Fall zu sein pflegt. Es ist ganz natürlich, daß durch die ungünstige Wetterlage die Ernte leidet. Die Landwirte bringen noch wenig Angebote an den Markt. Am süddeutschen Getreide- und Produktenmarkt herrscht eine rege Geschäftstätigkeit in Brotgetreide und Mais, Süddeutschland hatte eine erheblichen Anteil am ausländischen Weizengeschäft.

Warenmarkt. Die Entwicklung der Wirtschaftslage wird immer noch günstig beurteilt. Namentlich findet in der deutschen Maschinenindustrie zur Zeit ein zunehmender Aufschwung statt, der sich auch auf den Export auswirkt. Ein gutes Zeichen ist ferner die Abnahme der Arbeitslosenziffer. Der Baumwollmarkt steht im Zeichen starker Schwankungen. Die letzte Ernteschätzung enttäuschte und brachte eine starke Aufwärtsbewegung. Am Ledermarkt hielten sich, von keinen Schwankungen abgesehen, die bisherigen Preise.

Öffentliche Gemeindeparkasse Grözingen.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	6 475,31	1. Spareinlagen	507 435,56
2. Guthaben bei Banken, Postkassen u. Girozentrale	56 455,09	2. Scheck und Giroeinlagen	31 639,84
3. Wertpapiere	4 576,00	3. Anleihe-Kapitalien	50 000,—
4. Wechsel	890,03	4. Ausgaberrückstände	58,10
5. Darlehen auf Hypothek	326 622,81	5. Rücklagen früherer Jahre	26 520,91
6. Darlehen in laufender Rechnung	110 075,31	6. Reingewinn v. Jahr 1926	8 807,43
7. Schuldschein-Darlehen	109 708,75		
8. Einnahme-Rückstände	9 657,54		
9. Inventar	1,—		
	624 461,84		624 461,84

Berechnung der Rücklage.

8%, aus 539 075,— RM	43 126,— RM
Vorhandene Überschüsse am Schluß des Jahres 1926	35 328,— RM
Somit weniger	7 798,— RM
Grözingen, den 17. August 1927.	R.332

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Gäd. Der Verwalter: Gebhard.

Öffentliche Sparkasse Kenzingen.

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	35 650,68	1. Spareinlagen	1 140 077,35
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postkassenamt	85 024,45	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	250 106,01
3. Wertpapiere	39 175,—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	56 476,18	4. Anleihe- und andere Schulden	109 625,26
5. Darlehen a. Hypotheken	460 860,12	5. Ausgaberrückstände	14 406,46
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	492 121,53	6. Rücklagen:	
7. Darlehen a. Schuldschein	288 810,35	a) gesetzl. Reservefonds	75 763,89
8. Darlehen an Gemeinden	171 500,—	b) Sonderrücklage	—
9. Einnahmerückstände	30 231,91	c) Aufwandsrücklage	39 068,73
10. Grundstücke u. Gebäude	1,—	7. Reingewinn vom Jahre 1926	30 804,52
11. Gerätschaften	1,—		
	1 659 852,22		1 659 852,22

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:	
8%, aus 1 140 077,— RM Einlagen	91 206,16 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926	145 537,14
Somit mehr	54 330,98 RM
Kenzingen, den 18. August 1927.	R.343

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Baptif. Der Geschäftsführer: Gäringer.



Operette im Konzerthaus
Morgen Samstag, den 20. August 1927, abends 7 1/2 Uhr
die moderne Tanzschlageroperette
Adieu Mimi
Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Werdnerstr., Brunnet, Kaiserallée, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse und teleph. (7260) zu M. 1.70—5.60. Sonntag: Zirkusprinzessin.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenfeuche. Die Maul- und Klauenfeuche in Rnielingen ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben. R.348 Karlsruhe, den 16. August 1927. O.-B. 91 Badisches Bezirksamt. — Abteilung IV.

Die Sperrung des ehemaligen Kreisweges Nr. 38 Wöschbach—Wöfingen für den Kraftfahrzeugverkehr. Auf Grund des § 21 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (RGBl. S. 437) in Verbindung mit § 23 Absatz 1 Satz 3 der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 5. Dezember 1925 (RGBl. I S. 439) und § 1 Absatz 2 und § 3 der Bad. Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 9. Februar 1926 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 29) wird mit Zustimmung des Bezirksrats und nach Vollziehungserklärung durch den Herrn Landeskommissar vom 6. August 1927 folgende bezirkspolizeiliche Vorschrift erlassen: R.349

§ 1. Der ehemalige Kreisweg Nr. 38 (Wöschbach—Wöfingen) wird bis zur Grenze des Amtsbezirks Karlsruhe für den gesamten Kraftfahrzeugverkehr gesperrt. § 2. Ausgenommen sind dringende Dienstreisen der Ärzte, Tierärzte, Geistlichen, Reichs- und Landesbeamten und der Streckenaufsichtsbeamten der Überlandbesetzungen. Außerdem kann das Bezirksamt in stets widerruflicher Weise Ausnahmen bewilligen. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden auf Grund der eingangs erwähnten Bestimmungen mit Geldstrafen bis zu 150.— RM oder mit Haft bestraft. Karlsruhe, den 16. August 1927. Badisches Bezirksamt. — Abteilung IV.

Die Beförderung der Kammerfegerstelle im Kreisbezirk I des Amtsbezirks Bretten betr. Infolge Beförderung des Kammerfegermeisters Roschach nach Karlsruhe ist die Kammerfegerstelle im Kreisbezirk I des Amtsbezirks Bretten neu zu besetzen. Dieser Kreisbezirk umfasst die Gemeinden: Bretten, Wöfingen, Bärenbühl, Diebelsheim, Rnielingen, Sprantal, Ruppau, Ruit, Wöschbach, Gondelsheim, Reibshaus und Wöfing. Die Bewerbungen sind binnen 4 Wochen nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung bei dem Bezirksamt Bretten schriftlich einzureichen. Hierbei sind anzugeben: Name, Geburtsort und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung und Tätigkeit seit dem Zeitpunkt der Prüfung. R.330

Beizufügen sind in Urchrift oder beglaubigter Abschrift: 1. das Geburtszeugnis 2. das Zeugnis über die bestandene Prüfung 3. ein polizeiliches Leumundzeugnis 4. Zeugnisse über die Beschäftigung seit dem Zeitpunkt der Prüfung 5. ein bezirkssärztliches Zeugnis über den Befehl der für die Ausübung der Tätigkeit erforderlichen Gesundheit und körperlichen Mündigkeit. Bretten, den 12. August 1927. Bad. Bezirksamt.

R.344. Labr. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Bahner Kassenstrasse Karlsruhe, 17. Aug. 1927. Hermann Siefertle G. u. H. G. in Labr ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters, Schlusstermin bestimmt auf: Donnerstag, den 1. September 1927, vorm. 10 Uhr, vor dem Amtsgericht, 2. Stad. Zimmer 31. Labr, 17. Aug. 1927. Der Gerichtsschreiber: Bad. Amtsgericht.

Erarbeiten (2000 cbm Abtrag) und Herstellung einer Trockenmauer (900 cbm) auf d. Taubertalbahn bei Brombach (Taubert) nach den vorläufigen Verbindungsbedingungen der Reichsbahndirektion Karlsruhe vom 1. 8. 1924 öffentlich zu vergeben. Verbindungsunterlagen hiesig zur Einsicht, Abgabe des Angebotsvorwurds gegen Kostenerfolg von 1.— M., nach auswärts zugänglich Porto. Angebote verschließen, portofrei mit Aufschlag: „Erarbeiten Taubertalbahn“ bis längstens zum Eröffnungstermin, Dienstag, den 20. August 1927, vormittags 11 Uhr, hierher einzureichen. Ablauf der Zuschlagsfrist 13. 9. 1927. Lauda, den 16. August 1927. Vorstand des Reichsbahn-Bauamts Lauda. R.345

Tiefbauarbeiten für die Verbesserung der Güterzufahrtstraße im Bahnhof Ettlingen öffentlich zu vergeben: 400 cbm Erdarbeiten, 900 qm Gehsteig, 1200 qm Beschotterung, 75 qm Sandsteinpflaster. Pläne und Bedingungen auf meinem Büro im Aufnahmegeräude Karlsruhe Pf. zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsurkunde gegen 0,50 M. solange Vorrat. Angebote mit Aufschlag, verschließen, portofrei bis längstens 27. August 1927. E. 216 In das Vereinsregister O.-B. 27 ist heute der Tennisclub Ludman in Ludman eingetragen worden. Schönau, 9. Aug. 1927. Bad. Amtsgericht.